

Mit freundlicher Erlaubnis von *Der Tagesspiegel*

Clever fürs Klima: Diese Umweltaktivisten sind anders radikal als die „Letzte Generation“

Die Protestaktionen der „Letzten Generation“ polarisieren. Anderswo verläuft der Klimakampf geräuschloser ab, dafür aber durchaus erfolgreich. Über Ölausstiegsstrategien, Grundsatzklagen und unerwartete Bündnisse.

Von Armin Lehmann

21.12.2022, 11:50 Uhr

Vielleicht muss man sich das Vorhaben von Regine Richter so vorstellen, als würde sie einen bedrohlichen, riesigen Meteoriten, der auf die Erde zurast, mit einem kleinen Zauberstab aufhalten wollen.

Regine Richter, 52 Jahre alt, arbeitet seit mehr als 20 Jahren bei der Nichtregierungsorganisation (NGO) Urgewald, die sich für Klimaschutz und Menschenrechte einsetzt; sie ist keine Zauberin, sondern Biologin, doch in ihrem Job geht es darum, zielgenau wie eine Chirurgin dort anzusetzen, wo mit kleinen Handgriffen große Erfolge möglich sind.

Es geht um sehr viel Geld – das denen entzogen werden soll, die besonders verantwortlich für die Klimakrise sind: der Kohle-, Öl- und Gasindustrie.



Regine Richter, 52 Jahre alt, arbeitet seit 2001 bei Urgewald, einer NGO, die sich für Klimaschutz und Menschenrechte einsetzt. © Urgewald/Andreas Schölzel

In einem längeren Gespräch am Telefon sagt Regine Richter eine Woche vor Weihnachten: „Ich liebe komplexe Sachverhalte.“ Denn wenn man die auflösen kann, sei der Hebel besonders groß, um, wie in ihrem Fall, der Klimarettung näher zu kommen.

Doch um Erfolge, um Lösungen, geht es gerade kaum in der Klimadebatte. Sie erscheint diskreditiert, weil der Fokus auf Klimaaktivisten liegt, die verstärkt zivilen Ungehorsam leisten; gerade die Aktivitäten der „Letzten Generation“, die sich auf Straßen festklebt, den Verkehr und andere Verkehrsinfrastruktur blockiert, hat laut einer Umfrage von Infratest dimap zu mehrheitlich negativen Einstellungen gegenüber den Aktivisten geführt.

Auch innerhalb der Klimabewegung ist umstritten, ob eine Radikalisierung der Protestformen erfolgreich sein kann oder eher Menschen abschreckt, sich zu solidarisieren.



„Wer uns aufhalten will, muss uns wegsperren“, sagen Vertreter der Klimagruppe „Letzte Generation“.
© Agentur Zenit/Fritz Engel

Aus Sicht der „Letzten Generation“ ist der Hebel, um die Klimakrise zu lösen, ziviler Ungehorsam. Wörtlich heißt es, man wolle, „dass die Krise emotional verstanden wird“, die Aktionen zielen darauf ab, „diese Realität zu erzwingen“. Es ist der Versuch, eine schnelle Lösung zu erpressen.

Im Folgenden haben wir drei strategische Kampagnen ausgewählt, die mithelfen könnten, die Klimakrise zu lösen.

1. Rückzug aus Investitionen in fossile Industrien

„Follow the money“ ist ein Ansatz von Urgewalt. Und das ist das, was Regine Richter als Energie- und Finanzcampaignerin macht. Sie folgt dem schmutzigen Geld.

Vor einigen Wochen saß sie angespannt in ihrem Berliner Büro. Sie wusste, in jenen Tagen wollte einer der weltweit größten Rückversicherer eine Stellungnahme zu neuen Richtlinien im Umgang mit Öl- und Gasgeschäften veröffentlichen.

Als die Meldung kam, schaute Richter erst eine Kollegin ungläubig an, sagte dann: „Die haben uns gut zugehört.“ Denn das, was die Munich Re in wenigen Zeilen verkündet hatte, ist das Kernziel von Regine Richter: Sie und andere versuchen Banken, Investoren und Versicherer dazu zu bringen, ihr Geld aus den Industrien der fossilen Energiewirtschaft abzuziehen oder gar nicht erst zu investieren und sie nicht mehr zu versichern. Es ist zähe Lobbyarbeit.



Weltweit sind Unternehmen der Öl- und Gasbranche zurzeit daran interessiert, aufgrund der aktuellen Energiesicherheitsdebatte und dem Ukraine-Krieg zu expandieren.

© Imago/Danita Delimont

Urgewald hat viele erfolgreiche Kampagnen geführt, sehr einflussreich ist die NGO auch mit zwei großen Daten-Tools namens GCEL und Gogel. Dahinter verbergen sich Listen von Unternehmen, die mit Kohle, Gas oder Öl sehr viel Geld verdienen. Gogel, die „Global Oil and Gas Exit List“ etwa, hat ergeben, dass 90 Prozent der dort gelisteten Unternehmen weiterhin Expansionspläne hegen. Gogel umfasst rund 900 Unternehmen, 95 Prozent der weltweiten Öl- und Gasproduzenten.

Es ist ein ermutigender Erfolg, dass trotz des Kriegs gegen die Ukraine und der Energiedebatte in diesem Jahr drei große Versicherer solche Richtlinien veröffentlicht haben.

Regine Richter

Mit den Daten aus den Listen können Banken, Versicherer oder Großinvestoren entscheiden, ob sie in Unternehmen oder Projekte investieren wollen, die den Zielen der Pariser Klimakonferenz von 2015 und anderen UN-Vereinbarungen entgegenstehen.

Die großen Rückversicherer spielen eine sehr wichtige Rolle, denn wenn sie Versicherungen für solche Unternehmungen ausschließen, können Projekte nicht realisiert werden. Die Munich Re hat nun erklärt, sie werde ab 2023 neue Öl- oder Gasfelder sowie Ölkraftwerke nicht mehr versichern.

Auszug aus der Selbstverpflichtung

Die Munich Re erklärte, sie wolle ab dem 1. April 2023 nicht mehr in Verträge/Projekte investieren und diese auch nicht mehr versichern, „die ausschließlich Planung, Finanzierung, Bau und Betrieb“ folgender Anlagen betreffen:

Neue Öl- und Gasfelder, neue Midstream-Infrastrukturen im Zusammenhang mit Erdöl, neue Ölkraftwerke. Wörtlich heißt es: „Ab dem 1. Januar 2025 verlangt Munich Re von den börsennotierten integrierten Öl- und Gasunternehmen eine glaubhafte Selbstverpflichtung zu Netto-Null-Treibhausgasemissionen bis 2050 einschließlich kurz- und mittelfristiger Meilensteine.“

Regine Richter sagt: „Es ist ein ermutigender Erfolg, dass trotz des Kriegs gegen die Ukraine und der Energiedebatte in diesem Jahr drei große Versicherer solche Richtlinien veröffentlicht haben.“ Aus Deutschland sind es neben der Munich Re die Hannover Re und die Allianz. Insgesamt sind es Ende 2022 weltweit noch nicht viel mehr als ein Dutzend Versicherungen – dafür sind sehr große und einflussreiche dabei.

Richter selbst weiß, dass ihre Arbeit nach außen nicht so sichtbar ist, aber die Rolle als „graue Eminenz“, die Urgewalt in der Branche spielt, gefällt ihr. Sie hat zahllose Gespräche mit Unternehmen und Investoren geführt, um immer wieder auf solche Entscheidungen einzuwirken.



Viele Versicherungen machen eigene Risikoanalysen wegen des Klimawandels. Waldbrände verursachten zwischen 2019 und 2021 Schäden in Höhe von 24 Milliarden Dollar, davon zahlten Versicherer 17 Milliarden.
© AFP/Patricia de Melo Moreira

Es sind erste Schritte. Zwar gibt es in den Richtlinien der Versicherungen noch Schlupflöcher, und bei der Versicherung von Gaspipelines oder Flüssiggasterminals sowie Gaskraftwerken fehlen wichtige Ausschlusskriterien. Dennoch ist der Hebel hier riesig, Richter sagt: „Wir könnten einen Dominoeffekt erzielen.“ Dann würde das komplexe System an Problemen plötzlich viel lösbarer erscheinen.

2. Strategische Klimaklagen

Als das Bundesverfassungsgericht im April 2021 dem Klimaschutz Verfassungsrang verlieh, war der Jubel groß. Karlsruhe befand, dass die Zahlen zur Reduktion der Treibhausgasemissionen im Klimaschutzgesetz der Bundesregierung unzureichend waren. Damals hatten neun Jugendliche und junge Erwachsene aus Deutschland, die Fridays for Future angehörten, geklagt.

Die Richter stellten seinerzeit klar, dass eine baldige zu große Aufzehrung des CO₂-Budgets eine Grundrechtsverletzung darstelle. Und sie folgerten, dass ein wesentlich ambitionierterer Klimaschutz notwendig sei, um die Freiheitsrechte junger Menschen in Zukunft, also nach 2030, zu bewahren.

Mittlerweile gibt es zahlreiche Klimaklagen weltweit, gegen Staaten oder Unternehmen – um diese auf mehr Klimaschutz oder die Einhaltung von CO₂-Budgets zu verpflichten.

Die deutschen Klimaanwälte Remo Klinger und Roda Verheyen, beide waren an der Verfassungsklage beteiligt, haben mehrere Klagen gegen Unternehmen auf den Weg gebracht. Es geht darum, dass Firmen, etwa Autokonzerne wie VW und Mercedes Benz oder Öl- und Gaskonzerne wie Wintershall Dea, ihre Geschäftsmodelle ändern oder auslaufen lassen sollen.



Remo Klinger, Rechtsanwalt und Prozessbevollmächtigter für die jüngste Klage gegen die Bundesregierung vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte.

© Tagesspiegel/Armin Lehmann

Warum? Weil sie dazu beitragen, dass verpflichtende Emissionsziele des Staates, die wiederum laut Karlsruhe Verfassungsrang haben, nicht eingehalten werden.

Andere Klagen sind am Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) in Straßburg anhängig und werden vermutlich 2023 verhandelt. Es geht um die Klage der „Klimaseniorinnen“ aus der Schweiz gegen die eigene Regierung und die von sechs portugiesischen Jugendlichen gegen 33 europäische Staaten.

Trotz des Karlsruher Verfassungsurteils erfüllt die Bundesregierung ihre Verpflichtungen nicht.

Aus der Klageschrift vor dem EGMR

Die Argumente sind ähnlich: Das Leben der Seniorinnen wie auch das der Jugendlichen sei bereits jetzt eingeschränkt und sogar bedroht, etwa durch starke Hitzewellen. Damit sei das Menschenrecht etwa auf Sicherheit verletzt, das der Staat laut Menschenrechtskonvention zu gewährleisten habe.

Vor wenigen Wochen haben erneut deutsche Jugendliche und junge Erwachsene, unterstützt von der Deutschen Umwelthilfe, auch eine Klage vor dem EGMR gegen die Bundesregierung eingereicht. Ihr Argument: Trotz des Karlsruher Verfassungsurteils erfülle die Bundesregierung ihre Verpflichtungen nicht. Statt die Zukunft künftiger Generationen zu schützen, würde Deutschland weiterhin bis 2030 das deutsche CO₂-Budget aufbrauchen.

Karlsruhe hatte eine zweite Beschwerde im Sommer 2022 nicht zur Entscheidung angenommen.

Tägliches Entscheider-Briefing Der Newsletter zu Energie & Klima für Experten aus Wirtschaft, Politik, Verbänden, Wissenschaft und NGOs. Hier geht es zur Anmeldung.

Eine Frage in juristischen Debatten lautet: „Wenn der Staat den Klimawandel nicht lösen kann, ist der einzelne Betroffene dann rechtlos?“ Roda Verheyen und Remo Klinger würden antworten: Nein.



Die Schweizer Anwältin Cordelia Bähr (links) vertritt die Klimaseniorinnen in Straßburg, während Roda Verheyen, deutsche Klimaanwältin und Richterin am Verfassungsgericht Hamburg, Klagen gegen Unternehmen und für Einzelpersonen vertritt.

© Montage: Tagesspiegel/Fotos: Armin Lehmann, Walter Bieri

Sollte sich ihre Auffassung vor internationalen Gerichten durchsetzen, würde es weitere unzählige Klagen weltweit geben – sie wären ein mächtiger Hebel, um schnell aus den fossilen Energien auszusteigen. Das Haftungsrisiko wäre viel zu hoch.

3. Kampagne zur Vernetzung von Klimaaktivisten und Beschäftigten

Paul Schmidt, Verdi-Gewerkschaftsfunktionär aus Leipzig, und Elia Mula, Student aus Göttingen und Klimaaktivist von „Justice is global Europe“, kennen sich nicht. Aber sie arbeiten beide an einer Kampagne, in der Klimaschützer und Beschäftigte des Öffentlichen Nahverkehrs (ÖPNV) für einen besseren Manteltarifvertrag kämpfen.

Die Idee: ÖPNV-Jobs sind Klimajobs. Haben Busfahrer:innen und andere im Öffentlichen Nahverkehr bessere Bedingungen, ist das Klima besser geschützt. Mehr Geld, mehr Personal und mehr ÖPNV bedeuten im Idealfall weniger Autos und damit weniger CO₂-Ausstoß.

Wir sind in anderer Hinsicht radikal. Weil wir die besseren Chancen haben, grundlegend etwas zu verändern.

Elia Mula, Student und Klimaaktivist bei „Justice is global Europe“

Elia Mula, 22 Jahre alt, studiert Politikwissenschaften und Philosophie. Er sagt, es werde gerade in Zusammenhang mit zivilem Ungehorsam viel über Radikalisierung gesprochen, seine Ansicht dazu: „Wir sind in anderer Hinsicht radikal. Weil wir die besseren Chancen haben, grundlegend etwas zu verändern.“



Elia Mula, 22 Jahre alt, Student in Göttingen, wo er mit den Beschäftigten der Öffentlichen Verkehrsbetriebe zusammenarbeitet.

© Privat/Tagesspiegel

Paul Schmidt ist Landesbezirksfachbereichsleiter für Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen. Er sagt, dass es sicherlich noch „kulturelle Vorbehalte“ gebe und nicht jeder Busfahrer begeistert sei. Aber viele eben schon.

Gerade in Halle, Magdeburg oder Leipzig sei der Schulterschluss zwischen Klimaktivisten und Beschäftigten groß. Die Gewerkschafter hätten etwa eine Klima-Tram aus Pappe gebastelt, mit der sie bei Klima-Kundgebungen auftreten; umgekehrt mobilisieren die Klimaleute für das Anliegen der ÖPNV-Beschäftigten. „Wir haben die Erzählung verändert“, sagt Schmidt stolz.

Klasse, dass es all diese engagierten Aktivisten gibt [...]. Es braucht wohl jeden Einzelnen, denn eines scheint leider sicher: Es braucht Druck und Aufmerksamkeit, sonst ändert sich nichts.

Schreibt Community-Mitglied Tacheles

Auch in Göttingen läuft es gut. Als Elia Mula vor einigen Wochen in die Betriebsratssitzung auf dem Gelände der Verkehrsbetriebe eingeladen war, hatte er gut überlegt, was er sagen würde, wenn ihm Skepsis begegnen sollte. „Aber wir wurden offen empfangen.“ Als er ausgeführt hatte, wie und warum man den Beschäftigten helfen wolle, meldete sich ein älterer Gewerkschafter zu Wort: „Das haben wir verstanden. Aber wie können wir denn euch helfen?“

Es war ein Moment, der ihn sehr gerührt habe, sagt Elia Mula. Fortan war ein Vertrauensverhältnis da. Das Ziel ist es, 2023 in dutzenden deutschen Städten Klimaleute und Beschäftigte miteinander zu vernetzen, um gemeinsam die Situation für die Beschäftigten zu verbessern.

Hitze oder Hölle Fünf Berliner Orte und ihre Zukunftschancen in der Klimakrise
Probeklockaden, Rollenspiele, Rekrutierung So organisiert sich die „Letzte Generation“
Aktivisten der „Letzten Generation“ in der Kritik „Diese Weltuntergangsstimmung motiviert
niemanden“

Auch Regine Richter und Elia Mula kennen sich nicht. Unabhängig voneinander bezeichnen
sie ihre Organisationen innerhalb der Klimabewegung als eine Art „Strategieplattform“.
Öffentlich kaum sichtbar – aber mit dem Ansatz zur Vernetzung langfristig vermutlich
erfolgreich.

Beide sagen, man müsse eben nur „sehr hartnäckig“ sein. Richters Motto lautet: „Unten
ans Schienbein treten und oben höflich reden.“

Quelle: Der Tagesspiegel